Der Safenwiler Kirchenkonflikt.

* Der Safenwiler Kirchenkonflikt, von dem in diesem Blatte auch schon zu lesen war, beschäftigte dieser Tage die reformierte Synode des Kantons Aargau. Vom Kirchenrat mußte den Synodalen die tiefbedauerliche Tatsache mitgeteilt werden, daß 190 reformierte Glaubensgenossen in Safenwil den Austritt aus der Landeskirche erklärt haben. 170 der Ausgetretenen suchten und fanden Anschluß bei der christkatholischen Kirchgemeinde in Aarau. In einem sachlichen, leidenschaftslosen Exposé legte Kirchenrat L. Haller (Kölliken) vor der Synode die Geschehnisse dar, die im Safenwiler Kirchenkonflikt zu den für die reformierte Landeskirche des Kantons Aargau aufsehenerregenden Konsequenzen geführt haben. Es war am 3. November 1928, als der reformierte Kirchenrat durch Großrat J. Vauri (Safenwil) offiziell auf die Zerwürfnisse aufmerksam gemacht wurde, die in der Kirchgemeinde Safenwil immer mehr Unfrieden stifteten. In der Mitteilung heißt es:

„Unser junger Pfarrer (ein Schüler von Professor L. Kagaz) ist nach seiner eigenen Aussage überzeugter Sozialdemokrat. Das ist sein gutes Recht, das wir in keiner Weise antasten wollen. Als Pfarrer liegt ihm jedoch die Pflicht ob, das Evangelium zu verkünden und die heranwachsende Jugend mit den Grundsätzen der christlichen Religion vertraut zu machen. Statt dessen vertritt der Herr Pfarrer, sowohl auf der Kanzel wie im Religionsunterricht, seinen einseitigen politischen Standpunkt. Eine Anzahl Kirchengenossen hat sich nun allen Ernstes mit der Frage des Austrittes aus der Kirche auf so lange, als diese Verhältnisse bestehen, befaßt.“

Auf den Ernst der Situation aufmerksam gemacht, versuchte der Kirchenrat zu vermitteln. Er delegierte eines seiner Mitglieder nach Safenwil, wo unter den am Konflikt direkt Beteiligten eine Konferenz unter der neutralen Leitung des Kirchenratsmitgliedes stattfand. Die Gruppe der Opponenten (es waren damals erst ihrer 102) stellte zur Beilegung des Konfliktes folgende drei Begehren: 1. Daß die Angriffe des Pfarrers gegenüber den Arbeitgebern und die übrigen wirtschaftlich nicht auf dem Boden des geistlichen Herrstehenden Gemeinbewohners in Zukunft unterbleiben. 2. Daß die Angriffe auf unser Rechtsordnung ist, in der Kirche und im Religionsunterricht sich nicht wiederholen dürfen. 3. Daß in der Folge von der Kanzel herab keine parteipolitischen Fragen mehr behandelt werden.

Die Konferenz endete mit einem vollständigen Mißerfolg. Das eingehende Studium der Sachlage durch den reformierten Kirchenrat veranlaßte diesen zur schriftlichen Ermahnung der beiden Parteien. Aus dem Brief des Kirchenrates an den Safenwiler Pfarrherrn sind folgende Stellen bezeichnend für den Charakter des Konfliktes. Der Kirchenrat schreibt an den Safenwiler Pfarrherrn u. a.:

„Wir sind nicht der Meinung, daß die Arbeit eines Pfarrers unter allen Umständen kampflös und im stillen Frieden vorstatten gehen müsse. Wenn nun aber in Ihrer Kirchgemeinde Streitigkeiten ausgebrochen sind, so geht aus den Tatsachen deutlich hervor, daß auf beiden Seiten eingeleitet worden ist. Vor allem haben wir den Ein-

druck, daß Sie wohl nicht die richtige Einstellung zu den Gliedern Ihrer Kirchgemeinde gefunden haben. Die Einstellung der Menschen nach wirtschaftlichen Schichten und politischen Parteien ist eine von Menschen gemachte und ist für den Pfarrer nicht ausschlaggebend. Wenn andere Menschen diese Einteilung vollziehen, so muß doch der Pfarrer von einem höherem, dem einzig gültigen Gesichtspunkt ausgehen. Auch wenn die Menschen von allen Seiten den Pfarrer in jene Betrachtungsweise hineinzwingen wollen, so muß er verstehen, sich davon frei zu halten. Mit seinen Kirchengenossen steht er vor Gott. Vor Gott gelten wir alle als einzelne Persönlichkeiten; die Einteilungen der Menschen aber fallen weg.“ Weiter stellt der Kirchenrat gegenüber dem Safenwiler Pfarrherrn fest: „Der Bruch in Ihrer Kirchgemeinde droht nicht wegen des Evangeliums, sondern wegen Ihrer besonderen Art der Verkündigung. Haben Sie sich schon darüber Rechenschaft gegeben, welche Verantwortung Sie tragen, wenn Sie durch Ihre besondere Art der Verkündigung die Gemeindeglieder einander sprengen, statt sie zu bauen?“

Die Hoffnung des Kirchenrates, daß sein Intervention die Grundlage zu einer Verständigung bieten würde, erfüllte sich leider nicht. Immer weiter wurde die Kluft zwischen der Gruppe von Kirchengenossen, die sich durch die Tätigkeit des Pfarrherrn benachteiligt fühlte, und dem Pfarrer. Vor etwa Monatsfrist erlangte der Kirchenrat in einer Unterredung vom Safenwiler Pfarrherrn das Zugeständnis, daß er in der Form der Verkündigung gefehlt habe; gleichzeitig gab der Pfarrer das Versprechen, diese Fehler künftig zu vermeiden. Aber die Zusicherungen erfolgten zu spät. Vorher schon hatten die Opponenten einen Kultusverein gegründet, der heute 190 Mitglieder zählt, von denen sich bereits 170 der christkatholischen Kirchgemeinde Aarau angeschlossen haben. Auf ein letztes Gesuch um eine Unterredung, das der Kirchenrat an die Leitung des Kultusvereins gerichtet hatte, traf die Antwort ein, daß die Beschlüsse der Dissidenten nicht mehr in Erwägung gezogen werden und jede Aussprache heute zwecklos sei.

Die evangelisch-reformierte Landeskirche muß sich somit mit der Tatsache abfinden, daß in der Gemeinde Safenwil, deren Bevölkerung bisher fast ausnahmslos reformiert war, eine christkatholische Diasporagruppe sich organisiert hat. Aber die Safenwiler Vorkommnisse sollen mit ihrer grundsätzlichen Bedeutung der evangelisch-reformierten Landeskirche zur Warnung und Lehre dienen. Darum lehnte es die reformierte Synode ab, nur von den Safenwiler Geschehnissen Kenntnis zu nehmen und dann die Akten zu schließen. Vielmehr wurde eine Kommission (bestehend aus drei Laien und zwei Pfarrherrn) eingesetzt, die den Safenwiler Kirchenkonflikt in seinen Ursachen und Wirkungen genau zu ergründen und dem kantonalen Kirchenparlament Bericht und Antrag zu stellen hat. In die Untersuchung soll mit einbezogen werden die Stellungnahme der heutigen Pfarrerschaft zum Antimilitarismus. In weiten Kreisen der Synodalen herrscht die Auffassung, daß über das Problem Pfarramt und Antimilitarismus auch im Aargau Klarheit geschaffen werden muß, wenn die Landeskirche nicht noch weiteren, ernststen Schaden nehmen soll.